



Foto: Privat

63 Millionen Euro Schulden ist trauriger historischer Höchststand in Rotenburg

SPD fordert: Verschuldung abbauen!

Rotenburg – Seit dem Jahr 2017 ist die Gesamtverschuldung der Stadt Rotenburg – einschließlich der Stadtwerke – wieder stark angestiegen. Kurzfristig gab es von 2013 bis 2015 durch die Schuldenbremse und Übernahme des Landes Hessen eine leichte Entwarnung. Ende 2021 beträgt die Verschuldung nach dem Haushaltsplan, der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, nunmehr 63,1 Millionen Euro. Davon entfallen 34,8 Mio. Euro auf die Stadtwerke und 28,3 Mio. auf den städtischen Kernhaushalt. Zum Vergleich: Im Jahr 2011, dem Zeitpunkt des Amtsantritts des CDU-Bürgermeisters, betrug der Schuldenstand 47 Mio. Euro. Das sind 16 Millionen Euro weniger als für Ende 2021 ausgewiesen.

Gründe für einen Anstieg

Es gibt vielerlei Gründe für eine Überschuldung von Kommunen. Unter anderem können dafür Investitionen in die kommunale Infrastruktur (Kindergärten, Feuerwehren, Straßen, Sporteinrichtungen, usw.) ausschlaggebend sein. Auch eine unzureichende Unterstützung bzw. Unterversorgung durch das Land (Kommunaler Finanzausgleich) mit der Folge einer erhöhten Inanspruchnahme von Kassenkrediten kann verantwortlich für einen Schuldenanstieg sein. Nicht zuletzt sind Konjunkturkrisen ein Indikator für die finanzielle Misere der Kommunen.

Wenn man die Entwicklung der Stadt Rotenburg in den vergangenen Jahren analysiert, wird folgendes deutlich: Die negative Entwicklung wurde sowohl durch Investitionen in die städtische Infrastruktur als auch durch eine mangelhafte Unterstützung durch das Land Hessen verursacht. Dies führte zu Haushaltsdefiziten – mit einem deutlichen Anstieg der Kassenkredite als Folge. Mitte des vergangenen Jahrzehnts hat die CDU-geführte Landesregierung erkannt, dass die Kommunen mehr finanzielle Unterstützung brauchen. Als „Wiedergutmachung“

wurden die stark verschuldeten Kommunen über das Programm „Kommunaler Schutzschirm“ von einem großen Teil ihrer Kredite entlastet. Mit diesem Programm reduzierte auch die Stadt Rotenburg deutlich die Verschuldung. Dies war aber mit schmerzhaften Belastungen der Bürger, zum Beispiel mit der Grundsteuererhöhung, verbunden.

Bei der Verschuldung im Kernhaushalt 2021 der Stadt Rotenburg handelt es sich um Kredite, die sowohl in den vergangenen Jahren als auch in diesem Jahr zur Finanzierung

wichtiger kommunaler Investitionen aufgenommen wurden. Beispiele sind der Neubau des Feuerwehrgerätehauses, die Kindertagesstätte Braach oder der Stadtumbau. Es sind sinnvolle Maßnahmen, die Rotenburg als Wohnstandort und Lebensmittelpunkt attraktiver machen und für den Wirtschaftszweig Tourismus wichtig sind.

Stadtwerke

Auch die Stadtwerke haben in den vergangenen Jahren ein umfangreiches Investitionsprogramm gestartet. Dadurch hat die Wasser- und

Abwasserversorgung in Rotenburg einen technisch hohen und innovativen Stand erreicht, von dem alle Bürger profitieren. Allerdings mussten die Investitionen durch Kreditaufnahmen finanziert werden.

Können die Kapitaldienstfähigkeiten von der Stadt Rotenburg und der Stadtwerke, d.h. die Zins- und Tilgungsleistungen aus den Krediten, langfristig bis zum Ende der jeweiligen Darlehenslaufzeiten ohne größere finanzielle Einschränkungen geleistet werden?

Zurzeit reichen die Überschüsse aus den Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungstätigkeit gerade mal zur Deckung der ordentlichen Kredittilgungen aus. Da ein großer Teil der Haushaltseinnahmen (Gewerbesteuer, Einkommenssteueranteile und Schlüsselzuweisungen) stark von der konjunkturellen Entwicklung abhängen, ist nicht sichergestellt, dass die Einnahmequellen in Zukunft so kräftig sprudeln wie in der Vergangenheit. Darum ist nach Auffassung der SPD-Fraktion die maximal tragbare Verschuldungsgrenze im städtischen Haushalt Ende 2021 fast erreicht. Weil zukünftige Investitionen nur über weitere Kreditaufnahmen finanziert werden können, müssen investive Maßnahmen mit Blick auf die Schuldenentwicklung auf ein absolut notwendiges Minimum reduziert werden.

Diese Einschätzung wird auch von der Kommunal- und Finanzaufsicht geteilt.

Die Stadtwerke können zurzeit - wegen ihrer aktuellen und künftigen Finanzkraft sowie der relativen Unabhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung - ihren Kapitaldienst mit Zins- und Tilgungsleistungen langfristig ohne größere Einschränkungen absichern. Allerdings ist auch hier schon die Verschuldungsgrenze in Sicht. Mit der Umsetzung der geplanten Maßnahmen und dem damit realisierten Anlagenniveau dürfte aber der zukünftige Investitionsbedarf abgedeckt sein.

Die Forderung der SPD: Abbau der Schulden - Hier werden wir in den nächsten Jahren die Herausforderung haben, neben dem Stadtumbau und Entwicklung und dessen Investitionen die Schulden abzubauen. (KT)

KOMMENTAR



Klaus Troch

„Die Verschuldung der Stadt Rotenburg, insbesondere der Stadtwerke, stellt uns in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen. Hier gilt es trotz Fortführung der Stadtentwicklung entgegenzusteuern.“



Foto: SPD Colourbox



Foto: Privat

Das HKZ muss in Rotenburg erhalten bleiben! Langfristig!

Gesundheit und Arbeit vor Ort

Rotenburg – Die Geschäftsführung des Klinikums Hersfeld-Rotenburg plant, die akutmedizinischen Abteilungen künftig ans Bad Hersfelder Klinikum zu verlegen. Das bedeutet: Bis auf die Reha werden alle Abteilungen des Herz- und Kreislaufzentrums vom Klinikum Bad Hersfeld übernommen. Im Laufe der kommenden drei Jahre sollen medizinisch-technische Doppelvorhaltungen abgebaut, stationäre Angebote in ambulante überführt und zu kleinen Versorgungsstrukturen gebündelt werden. Wir erinnern uns: Der damalige Geschäftsführer Martin Ködting sowie der heutige medizinische Geschäftsführer Dr. Tobias Hermann haben erst 2018 bestätigt, dass die Voraussetzungen in Rotenburg für ein rehabilitierendes, ein ambulantes sowie ein stationäres Angebot ideal sind. Bis zuletzt sollte die Psychiatrie aus Bad Hersfeld in das Bettenhaus 2 verlegt werden. Auch die Orthopädische Klinik im Kurpark in Bad Hersfeld sollte mit 40 Betten in der Rodenberg-Klinik am HKZ untergebracht werden. Diesen Umzug hat die Geschäftsführung noch auf dem Hessentag in Bad Hersfeld 2019 bestätigt. Ein Jahr später waren die Pläne plötzlich nicht mehr umsetzbar, da sich die Bedingungen durch die sinkenden Patientenzahlen seit 2017 verschlechtert hätten. Der Landrat Dr. Michael Koch hatte sogar seinerzeit bei der Übernahme des HKZ durch den Landkreis seinen Job als Landrat mit dem Gelingen der Sanierung des HKZ verbunden.

Eine Schließung des HKZ würde die medizinische Infrastruktur und arbeitsmarktpolitische Situation in unserer Region nachhaltig negativ verändern. Die SPD in Rotenburg hat sich von Beginn an für den Erhalt des HKZ

Hausberg ausgesprochen. Mit dem SPD-Antrag überzeugten die Sozialdemokraten diejenigen aus der CDU-Fraktion, die sich zunächst anders positioniert hatten, für den Erhalt des HKZ zu stimmen. Der SPD-Antrag wurde mit den folgenden Forderungen an die Geschäftsführung und den Aufsichtsratsvorsitzenden und Landrat Dr. Michael Koch einstimmig durch die Rotenburger Stadtverordnetenversammlung beschlossen:

- Keine betriebsbedingte Kündigung
- Langfristiger Erhalt des HKZ in Rotenburg
- eine offene und transparente Informationspolitik von Geschäftsführung und Aufsichtsrat, die Bürgerinnen und Bürger lückenlos über den Status Quo von HKZ und Klinikum Hersfeld-Rotenburg aufklärt.

Wir meinen: Die Kritik gegenüber den Geschäftsführern Rolf Weigel und Dr. Tobias Herrmann ist absolut berechtigt. Aus der bislang unzureichenden Informationspolitik der Geschäftsführung wurde bisher keine Lösung, die eine nachhaltige Zukunft des HKZ in Aussicht stellt, präsentiert. Einem großen Teil der in dem SPD-Antrag benannten Forderungen und Fragen sind Geschäftsführung und Landrat ausgewichen. Oder sie wurden schlichtweg nicht beantwortet. Beim Klinikum Hersfeld sei „sehr, sehr viel schiefgelaufen, weil man hier relativ fahrlässig mit all diesen Konstrukten umgegangen ist“. So äußerte sich bereits am 2. September 2020 Finanzminister Michael Boddenberg im Hessischen Landtag. Diese kritische Auffassung teilt auch Hessens grüner Sozialminister Kai Klose auf eine Kleine Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Karina Fissmann. Eine nachhaltige Zukunft für das HKZ können

nur Profis realisieren und keine Laien! Bis heute liegt kein klares Neustrukturierungskonzept samt Finanzierung vor. Bei den Aufgaben für die Neustrukturierung des Klinikums Hersfeld-Rotenburg sind finanzielle Mittel in dreistelliger Millionenhöhe nötig. Hier ist eine Unterstützung durch das Land Hessen zwingend erforderlich. Es kann nach Ansicht der Rotenburger Sozialdemokraten nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger von der Geschäftsführung über millionenschwere Entscheidungen und der Konzeption im Ungewissen gelassen werden. Darum fordert die SPD Rotenburg erneut von Geschäftsführung und Landrat die Umsetzung einer offenen und transparenten Informationspolitik zum aktuellen Stand. Weiterhin bestehen bleiben für die Rotenburger Sozialdemokraten die zwei maßgeblichen Forderungen: Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen sowie der Erhalt des HKZ am Standort Rotenburg. (SM)

KOMMENTAR

Sebastian Münscher



„Das HKZ muss langfristig in Rotenburg erhalten bleiben! Es muss umgehend gehandelt werden, damit Arbeitsplätze erhalten bleiben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen wissen, wie es um ihre Zukunft steht. Rotenburg als Gesundheitsstandort muss mit dem HKZ und dem Kreiskrankenhaus, der Ärzteversorgung mit niedergelassenen Ärzten, Fachärzten und Medizinischen Versorgungszentren in allen notwendigen Fachbereichen weiter gestärkt werden.“

Interview mit Torsten Warnecke

Einige Fragen an Torsten Warnecke, den Kandidaten der SPD für die Landratswahl am 14. März 2021



Torsten Warnecke wurde 1962 in Rendsburg in Schleswig-Holstein geboren. Nach Abitur und Studium der Politikwissenschaften folgten berufliche Stationen in der Wirtschaft und eine Tätigkeit als Büroleiter beim Bundestagsabgeordneten Michael Roth. Seit 2008 ist Torsten Warnecke ununterbrochen direkt gewählter Abgeordneter der SPD im Hessischen Landtag. Er ist Mitglied im Haushaltsausschuss und Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Zudem gehört der Sozialdemokrat dem SPD-Landesvorstand an, ist Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hersfeld-Rotenburg sowie seit 2006 Mitglied im Kreistag Hersfeld-Rotenburg, dabei Stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Im Dezember 2020 wurde Torsten Warnecke, bei einer Enthaltung, als Kandidat der SPD für die Landratswahl im Landkreis Hersfeld-Rotenburg aufgestellt.

Torsten, Du bist mit überwältigender Mehrheit von den Delegierten des Unterbezirksparteitages zum SPD-Kandidaten für die Landratswahl am 14. März 2021 gewählt worden. Was reizt Dich an dieser Aufgabe?

„Das fragst Du, als engagierter und hier gern lebender Bürger? Da ist einer der schönsten Landkreise Deutschlands mit zugleich vielen gut aufgestellten Betrieben mit engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Da ist das einmalige Angebot vom Sport bis zur Kultur, das ehrenamtlich geleistet wird. Da ist ein einmaliges Schulangebot. Da ist ein großes Angebot an medizinischen Angeboten und Fähigkeiten. Und da reizt mich, unseren Landkreis wetterfest zu machen, die Herausforderungen anzugehen und ohne Scheu auch zu widersprechen, wenn der Ländliche Raum als Anhängsel betrachtet wird. Gestalten statt verwalten, mit Herz und klarem Kurs.“

Kürzlich hast Du in zwei bemerkenswerten Reden im Hessischen Landtag der schwarz-grünen Landesregierung nachgewiesen - durch zahlreiche Fakten belegt -, dass diese seit Jahrzehnten den ländlichen Raum vernachlässigt und die Kommunen finanziell unterversorgt. Das wurde ja auch 2013 im sogenannten „Alsfeld-Urteil“ gerichtlich festgestellt. Welche Unterstützung erwartest Du daher konkret von der Hessischen Landesregierung, um die vielfältigen Aufgaben im Landkreis als Landrat auch wirkungsvoll wahrnehmen zu können?

„Selbstverständlich jede! Und vor allem Geld. Und weniger Auflagen, damit gerade im Ländlichen Raum schnell gehandelt werden kann. Die schwarz-grüne Landesregierung will mit einem Schuldenprogramm von zusätzlich 12.000 Millionen Euro arbeiten. Alle Kommunen Hessens sollen davon insgesamt nur 3 Milliarden Euro erhalten. Und die Krankenhäuser ein Prozent. Und das in Corona-Zeiten. Kommunen sind keine Bittsteller, sondern diejenigen, die vor Ort vieles am Laufen halten. Beispiel: Für unsere Kliniken benötigen wir 100 Millionen Euro

Landesinvestitionsmittel. Das sage ich bereits seit Anfang vergangenen Jahres. Es wird immer noch verhandelt.“

2016 hat der Landkreis Hersfeld-Rotenburg das wirtschaftlich in Schiefelage geratene Herz- und Kreislaufzentrum (HKZ) übernommen. Landrat Dr. Koch war der festen Überzeugung, das HKZ im Verbund mit dem Klinikum Bad Hersfeld in wenigen Jahren zu sanieren. 2018 wurde das HKZ vom Nachrichtenmagazin Focus als einzige Klinik im Landkreis als TOP-Klinik in Hessen gelistet. Landrat Dr. Koch verband sogar sein weiteres politisches Schicksal mit dieser Sanierung des HKZ. Was passierte tatsächlich? Man verlegte gut funktionierende Abteilungen aus dem HKZ ins Klinikum Bad Hersfeld und versprach gleichzeitig andere medizinische Abteilungen wie die Psychiatrie oder die Orthopädische ins HKZ zu verlegen, was nicht passierte. 2020 gab es dann den großen Knall und die Geschäftsführung verkündete, dass die medizinische Versorgung im HKZ, bis auf wenige REHA-Betten, eingestellt werden müsste, um das Klinikum Bad Hersfeld vor der Insolvenz zu retten. Wie siehst du die Situation heute und was könnte bzw. müsste getan werden, damit das HKZ zumindest in Teilen neben dem Klinikum weiter bestehen kann?

„Grundsätzlich: Ohne massive Investitionsmittel des Landes werden allen Ideen die Grundlage entzogen. Das Land Hessen gibt derzeit, so der Hessische Städtetag in einer Anhörung, nur 20 Prozent der Investitionsmittel. Und da bislang nicht klar ist, woher das Geld kommt, bin ich über viele Aussagen erstaunt. Möglicherweise spekuliert man auf Bundesgeld. Ohne Investitionen jedenfalls bleibt die Klinikum Bad Hersfeld GmbH defizitär. Kurzum: Wie bereits im Landtag von mir deutlich gesagt, wir benötigen hohe Beiträge vom Land Hessen.“

Im Ländlichen Raum schließen immer mehr Hausarztpraxen. Überalterung der Ärzte, zunehmende Bürokratie, die Arbeitsbelastung des Personals, der Kostendruck durch die Krankenkassen und die strukturellen Nachteile des ländlichen Raums machen es für viele jungen Ärzte unattraktiv, sich hier niederzulassen. So liegt die ärztliche Versorgung in unserem Kreis schon jetzt deutlich unter dem Bedarf. Ein MEDIBUS-System allein wird die Probleme nicht lösen. Was hältst du von einer Landarztquote, wie sie in Bayern und Nordrhein-Westfalen geplant ist?

„Sehr gut. Die SPD-Landtagsfraktion hatte bereits im letzten Jahr einen Gesetzentwurf vorgelegt. Er sah eine feste Quote für die Ausbildung von Landärztinnen und Landärzten im Medizinstudium vor, um den vorhandenen Bedarf endlich langfristig sicherstellen zu können. Und natürlich hätte es für die Universitäten zusätzliches Geld gegeben. Leider wurde dies von der schwarz-grünen Mehrheit im Landtag abgelehnt.“

Seit Jahrzehnten fühlt sich unsere Region vom südlichen Landesteil abgehängt. Die bestehende Infrastruktur macht bis auf wenige Bereiche die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen schwer. Hinzu kommt der stete Abbau von Behörden (Amtsgericht, Katasteramt, Bundeswehr usw.) durch CDU-geführte Regierungen in Land und den Bund. Selbst die Kreisverwaltung unter Leitung von Landrat Dr. Koch hatte in der Vergangenheit Versuche gestartet, um das Angebot der Aussenstelle der Kreisverwaltung in Rotenburg weiter zu reduzieren. Welche Schwerpunkte/strukturellen Anreize würdest du als Landrat setzen, um die Rahmenbedingungen speziell im Altkreis Rotenburg wieder zu verbessern?

„Grundsätzlich, hast Du Recht, CDU-geführte Regierungen haben in den letzten Jahrzehnten Arbeitsplätze und Dienstleistungen massiv abgebaut. Es gilt gerade in Rotenburg auf das Bildungsangebot aufzubauen: das Schulangebot des Landkreises, das Studienzentrum der Finanzverwaltung und Justiz (Hessische Hochschule für Finanzen und Rechtspflege), die Aus- und Fortbildungsstätte von Hessen-Mobil, an der Straßenwärterinnen und -wärter ausgebildet werden, die BKK-Akademie und auch den Jugendhof des Landkreises. Aus dieser Kompetenz und der der Wirtschaft können Arbeitsplätze mit Zukunft entstehen. Habt ihr in Rotenburg ein Start-up-Center? Das wäre doch etwas.“

Gerade in Coronazeiten ist deutlich geworden, wie wichtig eine gute touristische Vermarktung Waldhessens, nicht nur durch einzelne Gemeinden, sondern auch zentral durch den Kreis wäre. Wenn ich mir dazu Beispiele aus dem Werra-Meißner-Kreis anschau, so habe ich den Eindruck, dass der Kreis hier noch einige Anstrengungen unternehmen muss, um noch attraktiver zu werden. Welche Initiativen könntest du dir vorstellen, um auch den Tourismus in unserem Landkreis weiter zu entwickeln?

„Ein heikles Feld, da wir ja den Landkreis nicht mehr zentral als Waldhessen aufstellen, sondern Regionen unseres Landkreises in Touristischen Arbeitsgemeinschaften (TAG) aufgegangen sind. Damit wird dann, auch landkreisübergreifend, geworben. Zum Beispiel in der TAG „Erlebnisregion Mittleres Fulda“ oder der TAG „Rotkäppchenland Schwalm-Knüll“. Konkret jedoch gibt es für den Tourismus noch einige davon unabhängige Probleme. Radtourismus: ein einheitlich ausgeschildertes, flächendeckendes, verbindendes und sicheres Radwegenetz. Tagestourismus: Verknüpfung lohnenswerter Ziele als Themen. Beispielsweise Bergbau: das deutschlandweit einmalige Kalimuseum mit dem Erz-Bergbau in Cornberg, Nentershausen, Wildeck. Weitere Themen wären: Kultur, Geschichte oder Burgen im Landkreis über die jeweilige TAG hinaus. Also, lieber Sebastian, es geht um Ideen und selbstverständlich auch um Geld für Konzeptionen und Marketing.“ (SM; KT)

Stark für Rotenburg.
Am 14. März SPD wählen.

SPD

1 Sebastian Münscher Wirtschaftspädagoge M.Ed.	2 Christiane Ringer Hausfrau	3 Klaus Troch Pensionär	4 Claudia Reiners Angestellte/ Arbeitslosige M.A.
5 Thomas Nölke Elektronikmeister	6 Elvira Walter-Rosner Industrieauffrau	7 Reiner Wollrath Rentner	8 Diana Focke-Schmitt Verwaltungs- Fachangestellte
9 Volker Willing Rentner	10 Jens Schönewolf Referendar	11 Jan-Erik Breidenbach Bankkaufmann	12 Markus Vöckel Dipl. Sozialpädagoge/ Freiberufler
13 Eike Schellhase Arzttherapeut	14 Dieter Stricker Rentner	15 Brigitte Künzl Krankenschwester	16 Walter Heckmann Ausschnittwerker/ Rentner
17 Doreen Wollrath Mechanische Fachangestellte	18 Michael Adam Heizungsbauer	19 Ingo Kanngieser Erzieher	20 Karin Frankfurt Rentnerin
21 Antonio Vazquez-Lopez Rentner	22 Matthias Hollstein Industrieaufmann	23 Stefanie Hansen Hausfrau	24 Jürgen Lingner Bürokaufmann
25 Artur Weber Arbeiter	26 Nadine Eckert Hausfrau	27 Alexander Herdt Betriebsleiter	28 Andrej Dick Handelsfachwirt
29 Rolf Naumann Rentner	30 Wolfgang Mooß Rentner	31 Helga Stricker Rentnerin	



Foto: Privat

Mit überzeugenden Ideen und Tatkraft gemeinsam die Zukunft Rotenburgs gestalten

Rotenburg – Mit überzeugenden und wichtigen Ideen, viel Tatkraft und einem starken Team geht die SPD Rotenburg in die Kommunalwahlen 2021. Vieles was wir uns vorgenommen haben ist uns seit der letzten Wahl gelungen und die Bilanz kann sich trotz Oppositionsrolle sehen lassen: Senkung der Kindergartenbeiträge im U 3 Bereich, Prüfung und Planung weiterer Wohnbau- und Gewerbegebiete im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mit der Stadt Bebra in der Gemarkung Rotenburg-Lispenshausen, Stärkung des Wandertourismus durch die Umsetzung eines ganzheitlichen Wanderkonzepts, Stärkung des Radtourismus durch ein radfreundlichen Stadtumbau, Beibehaltung gebührenfreier Parkplätze, Aufbau eines kombinierten Campus in der Rotenburg als Bildungsstandort, die Entlastung der Grundstückseigentümer bei den Straßenausbaubeiträgen als Zwischenziel, sowie die Forderung an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat das Herz- und

Kreislaufzentrum langfristig in Rotenburg zu erhalten. Dies sind nur einige Beispiele, die aufzeigen, dass wichtige Themen in der Rotenburger Politik von der SPD geprägt werden. Wir werben mit unseren Ideen und der geleisteten Arbeit um das Vertrauen der Rotenburger Bürgerinnen und Bürger.

Wichtige Aufgaben und Herausforderungen für die Zukunft Rotenburgs liegen noch vor uns. Das umfangreichste Thema wird die Stadtentwicklung in Rotenburg sein, die alle mitnehmen muss. Neben dem Stadtumbau, Neugestaltung des Fuldaufers, die Wegeverbindung Zwickel-Steinweg-Marktplatz spielt ein ganzheitliches, ökologisches und nachhaltiges Verkehrs- und Parkraumkonzept eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung Rotenburgs als Gesundheits-, Wohn-, Arbeits-, Tourismus-, und Bildungsstandort. Vor allem die Bedürfnisse älterer Menschen, Menschen mit Beeinträchtigungen, aber auch den zunehmend wichtigen Rad-, Wander-, und Wohn-

mobiltouristen möchte die SPD dabei im Blick behalten und ausgleichen. Die SPD wird sich weiterhin für eine langfristige Nutzung des HKZ in Rotenburg stark machen und in Verbindung mit dem Kreiskrankenhaus der Ärzteversorgung mit niedergelassenen Ärzten, Fachärzten und Medizinischen Versorgungszentren in allen notwendigen Fachbereichen Rotenburg als Gesundheitsstandort festigen. Um den Bildungsstandort Rotenburg und damit auch den ländlichen Raum zu stärken spricht sich die SPD dafür aus neben dem Erhalt der derzeitigen Behörden und Institutionen für eine weitere Ansiedlung von Behörden und Gewerbe.

Neben Sebastian Münscher kandidieren auf den folgenden Plätzen die Vorsitzende des Sozialausschusses Christiane Ringer, der Stadtrat Klaus Troch, die Stadtverordnete Claudia Reiners, der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Thomas Nölke und Stadträtin Elvira Walter Rosner. Insgesamt kandidieren 31 Kandidatinnen

und Kandidaten auf der SPD-Liste. Neben sieben jungen Kandidatinnen und Kandidaten haben sich zudem auch insgesamt neun parteilose Kandidatinnen und Kandidaten bereit erklärt, auf der SPD-Liste zu kandidieren. (SM)

KOMMENTAR

Sebastian Münscher

„Die Arbeit und das Engagement für das Rotenburger Stadtparlament sollen Spaß machen. Ein positives Klima fördert und erhält die Motivation. Dabei ist der SPD eine sachliche Diskussion und Kritik besonders wichtig. Wir pflegen einen fairen und sachlichen Umgang miteinander. Dabei stehen ein respektvoller Umgang miteinander und Toleranz gegenüber anderen Ansichten im Vordergrund. Niemand darf diffamiert, beleidigt oder bezüglich seiner Person angegangen werden.“



Ein Kreuz für die SPD ist Ihre Stimme für Rotenburg

Liste 3 mit erfahrenen und neuen Kandidaten

Rotenburg – Mit neuer Kraft, vielen guten Ideen, gemeinsamen Werten und einem offenen Ohr für alle Bürgerinnen und Bürger – für Sie haben wir ein realistisches, attraktives und zukunftsweisendes Programm aufgestellt mit einer wohlgedachten Liste von hervorragenden erfahrenen und neuen Kandidatinnen und Kandidaten aus allen gesellschaftlichen Bereichen.

So verschenken Sie keine Stimme

Sie haben nach dem hessischen Kommunalwahlrecht so viele Stimmen, wie Plätze im Parlament zu vergeben sind. Die Rotenburger Stadtversammlung hat 31 Sitze.

Wollen Sie einzelne Personen auf dem SPD-Wahlvorschlag besonders unterstützen, dann sind bis zu drei Kreuze bei jeder einzelnen Person auf Liste 3 zusätzlich zum Listenkreuz möglich. Achten Sie darauf, wenn Sie ohne Listenkreuz einzelne Personen wählen, insgesamt nicht mehr als 31 Kreuze auf dem Stimmzettel zu verteilen, da Sie nicht mehr Stimmen haben.

Unsere Empfehlung: Durch ein Listenkreuz für die SPD verschenken Sie keine Stimme und Ihr Stimmzettel ist auf jeden Fall gültig.

Briefwahl? Fragen und Antworten

Die Unterlagen für die Briefwahl werden nur auf Antrag versandt. Dieser kann sowohl schriftlich, per Fax, Post und E-Mail als auch persönlich im Wahlamt eingereicht werden.

Der Wahlschein mit den Briefwahlunterlagen kann bis Freitag, 12. März, bis 13 Uhr

beantragt werden. Sollte aus unerwarteten Gründen, etwa durch plötzliche Krankheit, der Gang zur Urne unmöglich sein, können die Unterlagen auch noch bis zum Wahlsonntag um 15 Uhr beantragt werden. Es gilt in jedem Fall: Der Umschlag muss bis zum Wahl-Sonntag, 14. März, um 18 Uhr vorliegen, um gezählt zu werden.

Ich habe gewählt. Was nun?

1. Der Stimmzettel muss persönlich und unbeobachtet ausgefüllt werden.
2. Sind alle Kreuze gesetzt, wird der Stimmzettel in den amtlichen Stimmzettelumschlag gesteckt und verschlossen.
3. Zusätzlich auf dem Wahlschein die vorgedruckte Versicherung an Eidesstatt unterzeichnen und das Datum der Unterzeichnung angeben.
4. Diese wird mit dem Wahlumschlag in den roten Umschlag (amtlichen Wahlbriefumschlag) gelegt.
5. Nun müssen die Unterlagen entweder persönlich im Wahlamt oder per Post versendet werden.

Holen Sie die Briefwahlunterlagen persönlich beim Wahlamt der Stadt Rotenburg ab, dann können Sie dort direkt die Briefwahl abschließen. Wichtig ist, dass der Wahlbrief beim Wahlamt der Stadt Rotenburg spätestens am 14. März bis 18 Uhr vorliegt. Ab diesem Zeitpunkt wird mit der Auszählung der Stimmen begonnen. Später eingegangene Wahlbriefe werden nicht berücksichtigt. Nutzen Sie die Möglichkeit der Briefwahl. Jede Stimme ist wichtig. Nutzen Sie ihr Wahlrecht, denn es ist Ihre Stimme für Rotenburg. (SM)



Foto: Privat

AM 14. MÄRZ SIND KOMMUNALWAHLN.
KEINE WAHL IST NÄHER DRAN.



BRIEFWAHL -
IMMER UND ÜBERALL



SPD: Straßenausbaubeiträge dauerhaft abschaffen!

Land Hessen muss Verantwortung übernehmen

Rotenburg – Die schwarz-grüne Landesregierung hat im Jahr 2018 den Erhebungs-zwang von Straßenausbaubeiträgen abgeschafft, von einer sogenannten Soll - auf Kann-Regelung. Dies stärkte nach Ansicht der Hessischen Landesregierung die kommunale Selbstverwaltung. Die Gesetzesänderung führt aber auch dazu, dass die Schere zwischen den finanzschwachen und den finanzstarken Kommunen in Hessen immer weiter auseinanderklafft. Das verstärkt ein infrastrukturelles Ungleichgewicht. Die Rotenburger Sozialdemokraten meinen: Wer nur das Gesetz ändert, ohne die Finanzierung im Blick zu haben, verschiebt lediglich die Probleme. Die von der schwarz-grünen Landesregierung beschlossene „Kann-Regelung“ verlagert die Diskussionen und den Druck erneut auf die Kommunen. Reiche können darauf verzichten, während finanziell ärmere Gemeinden ihre Bürgerinnen und Bürger finanziell weiter belasten müssen. „Diese ungleichen Voraussetzungen, die schon mit den Kita-Gebühren geschaffen wurden, dürfen wir nicht zulassen“, erklären die Sozialdemokraten. „Wir müssen die Straßenausbaubeiträge landesweit abschaffen, um ein infrastrukturelles Ungleichgewicht zu verhindern“. Selbst mit den finanziellen Mitteln in Form eines Sondervermögens über 12 000 Millionen Euro im Jahr 2020 rückt die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen mit den bekannten Ausreden nicht von den aktuellen Regelungen ab. Zum Thema Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gab es 2019 eine Gesetzesinitiative von SPD und der Fraktion Die Linke im Landtag. Sie wurde von der Mehrheit der Regierungsfractionen abgelehnt. Die hiesigen Landtagsabgeordneten Lena Arnold (CDU) und Kaya Kinkel (Die Grünen) haben gegen die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gestimmt.

Wie steht die SPD Rotenburg zu Straßenausbaubeiträgen?

Die Forderung der vollständigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge - verbunden mit einem finanziellen Ausgleich durch das Land - bleibt für die SPD auch nach der Resolution im Rotenburger Stadtparlament bestehen. Die SPD wird sich weiterhin auf kommunal- und landespolitischer Ebene dafür stark machen, dass die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden. Eine dauerhafte Abschaffung geht mit einer finanziellen Zuweisung, einem Ausgleich des Landes Hessen, einher. Sie wird auf etwa 60 Millionen Euro pro Jahr geschätzt.

Eine kommunale Refinanzierungsmöglichkeit, wie beispielsweise eine Erhöhung der Grundsteuer, führt auch regelmäßig zu einer Erhöhung der Kreisumlage für die Kommunen. So fließt ein gro-



Foto: Privat

ßer Teil der Mehreinnahmen an den Kreis und steht den Gemeinden nicht mehr für den Straßenausbau zur Verfügung. Rechtlich hängt eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in den Gemeinden stark von deren finanzieller Situation ab. Wenn es keinen defizitären Haushalt gibt, können Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden. Im anderen Fall wird die Gemeinde von der Kommunalaufsicht gesetzlich dazu aufgefordert, alle Möglichkeiten der Einnahmehbeschaffung auszuschöpfen – einschließlich einer Ausbaubeitrags-erhebung. Das heißt: Eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wird dann genehmigt, wenn der Haushalt der Gemeinde ausgeglichen ist. Wir meinen: Das Land muss seiner Verantwortung nachkommen, ein Ungleichgewicht der hessischen Kommunen verhindern und die Straßenausbaubeiträge hessenweit abschaffen.

Was hat die SPD Rotenburg bisher getan?

Die SPD hat im Jahr 2018 eine Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in das Stadtparlament eingebracht. Diese wurde von allen Fraktionen einstimmig beschlossen. Leider haben wir damit nicht die hiesigen Landtagsabgeordneten von CDU und Grünen überzeugen können. Daraufhin hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit der Bürgerinitiative in Rotenburg beschlossen, eine Entlastung um bis zu 50 Prozentpunkte zu ermöglichen.

So sollten die neuen Anteile bei 25 Prozent für Anliegerstraßen (alt 75%), 15 Prozent für Haupteinzelstraßen (alt 50%) und 10 Prozent für Hauptverkehrsstraßen (alt 25%) liegen. Dabei berücksichtigte die SPD bezüglich der Anteilshöhe rechtliche, finanzpolitische und sozialpolitische Aspekte.

Durch die Gesetzesänderung in 2018 wurde der Grundsatz der „speziellen Entgeltlichkeit“ -vorgegebene Rangfolge der Einnahmehbeschaffung - aufgelöst. Für den neuen Anliegeranteil, den die SPD zu Gunsten der Anlieger ändern möchte, können rechtlich verschiedene Umlagesätze kombiniert werden.

Welche Entlastung durch die Änderung des Anliegeranteils beschlossen werden sollte, war für die SPD vorrangig eine Frage der finanz- und sozialpolitischen Prioritätensetzung. Die durch den Antrag entstandenen Belastungen wären mittel- und langfristig für die Stadt Rotenburg verkraftbar gewesen. Zu Liquiditätsengpässen wäre es sicher nicht gekommen. Die Höhe der Entlastung war daher für das Stadtparlament eine Frage der sozialpolitischen Prioritätensetzung, die die SPD anders festgelegt hat. CDU und UBR haben sich in einem Kompromiss auf ein Anliegeranteil von 51 Prozent für Anliegerstraßen, 34 Prozent für Haupteinzelstraßen und 17 Prozent für Hauptverkehrsstraßen geeinigt. Für uns als SPD wäre eine höhere

Entlastung der Anlieger wesentlich gerechter gewesen.

Wie geht es weiter?

Die SPD wird weiterhin – auch nach den Kommunalwahlen - an ihrem Antrag festhalten. „Wir wollen Anliegerbeiträge reduzieren. Ziel bleibt nach wie vor, Straßenausbaubeiträge dauerhaft abzuschaffen. Nur so können Rechtsfrieden und Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürger hergestellt und ein infrastrukturelles Ungleichgewicht zwischen Städten und Gemeinden verhindert werden.“ (SM; VW)

KOMMENTAR



Sebastian Münscher

„Das derzeitige Straßenausbaubeitragsrecht in Hessen führt unter den Städten und Gemeinden zu Ungleichbehandlung und zu sorgt vielerorts für Streit zwischen Kommunalpolitik, Verwaltung und Bürgern. Der Landesregierung fehlt es erkennbar am politischen Willen! Nur eine einheitliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Hessen kann das infrastrukturelle Ungleichgewicht zwischen den Städten und Gemeinden langfristig verhindern. Das derzeitige Straßenausbaubeitragsrecht ist ungleich und ungerecht.“

Anreize für klimaneutrale Baugebiete

Energiewende ist Gemeinschaftsaufgabe

Rotenburg – Für die zukunftsorientierte Weiterentwicklung von Städten und Gemeinden müssen ausreichend Flächen für Wohnraum und Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben zur Verfügung gestellt werden. Bei der topografischen Lage und der schwierigen Verkehrsanbindung ist dies für Rotenburg nicht einfach. Nachdem das geplante Neubaugebiet am Ortsausgang von Rotenburg in Richtung Braach aufgrund der dort vorhandenen Bodenbeschaffenheit als neue Fläche nicht mehr infrage kam, wurde in Lispernhausen ein alter Plan aus den achtziger Jahren wiederentdeckt. Die große Freifläche, Bezeichnung „Aufm Kreuz“, Ortslage Lispernhausen, wurde als zukünftiges Wohngebiet neu beplant.

Die SPD-Fraktion im Stadtparlament hat dazu einen Antrag vorbereitet mit dem Ziel, im neuen Baugebiet klimaneutrale Aspekte und Möglichkeiten schon in der Bauleitplanung mit einzubeziehen. Denn: Für immer mehr Bürgerinnen und Bürger ist die Energiewende ein großes Thema. Es sollte eine Gemeinschaftsaufgabe sein und bei der Planung neuer Baugebiete berücksichtigt werden. Das Potential der Kommunen, die richtigen Anreize zu schaffen und durch eine klimagerechte Bauleitplanung frühzeitig die richtigen Vorgaben herzustellen, ist vielfältig. Begrünung der Baugebiete, Förderung von Photovoltaik, zentrale Energieversorgung – das sind einige der vielen Anstöße, die es schon jetzt gibt – auch über die vorgeschriebenen Auflagen hinaus. Hinzu kommt, dass das Land Fördermittel bereitstellt. Eine gute Anleitung zur Entwicklung solcher Baugebiete ist für Kommunen der Leitfaden für Baulandentwicklung „Wege zum Plus-Energie-Standard“ der Hessischen Landesgesellschaft. In diesem Leitfaden wird deutlich gemacht, dass das Land Hessen bis 2050 seinen Energiebedarf ausschließlich aus erneuerbaren Energien decken will. Notwendige Voraussetzung dafür ist ein deutlich effizienterer Umgang von Strom und Wärme. Darum hat die SPD in einem Antrag gefordert, dass Stadtmarketinggesellschaft und der Fachbereich „Gemeinsames Baumanagement“ die erforderlichen Schritte unternehmen sollen, um die Ziele einer klimaneutralen Bebauung umzusetzen.



Foto: SPD Colourbox

In einem weiteren Antrag fordert die SPD-Fraktion, dass für zusätzliches Bauland neue Flächen entlang Umgehungsstraße der B83 und der B27 zwischen Lispernhausen und Bebra geprüft und beplant werden sollen. Begünstigt wird diese Planung durch den Neubau der Brücke B 83 und die damit verbundene Vollsperrung der B 83 zwischen Bebra und Rotenburg-Lispernhausen.

Da diese Umgehungsstraße auch durch das Gebiet Rotenburg-Lispernhausen führt, sollten hier durch interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Bebra die Bau-/Gewerbeflächen geprüft und ggf. realisiert werden. Dies wäre eine ideale Verkehrsanbindung an die B 27 und die B 83. Auch eine Bahnanbindung über das Industriegebiet in Bebra wäre möglich. Diesen Antrag der Sozialdemokraten hat die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen. 550 000 Euro sind im Haushalt 2021 der Stadt für den Kauf der Grundstücke veranschlagt. Gespräche mit Verantwortlichen aus Bebra sind aufgenommen worden. Wir sind sicher, dass durch diese zwei Projekte die Stadt Rotenburg in Sachen Stadtentwicklung gut aufgestellt ist. (KT; VW)

KOMMENTAR



Klaus Troch

„Klimaneutrale Baugebiete sind ein Aspekt vorausschauender Stadtentwicklung. Mit zwei Anträgen dazu wollen die SPD-Stadtverordneten wichtige Impulse setzen.“

Impressum

Herausgeber SPD Rotenburg an der Fulda
Beethovenstr. 42
36199 Rotenburg a.d. Fulda

Redaktion Sebastian Münscher (v.i.S.d.P.),
Claudia Reiners, Klaus Troch,
Volker Willing, Susanne Kanngieser

Satz & Layout ANcom.media
Druck Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Auflage 8.000 Exemplare

www.spd-rotenburg-an-der-fulda.de